

scheide quer durch die Mitte Europas zu verhindern, sondern eine breite Schnittmenge, ein engmaschiges Beziehungsgeflecht zwischen der Europäischen Union und Russland herzustellen. Um dieser »europäischen Funktion« gerecht werden zu können, braucht die Ukraine Rückhalt in einer verlässlichen Aussicht auf Mitgliedschaft in der EU. Eine von Russland absorbierte Ukraine könnte diese Aufgabe nicht erfüllen. Dabei geht es nicht um eine baldige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Es geht darum, dass die EU ihre grundsätzliche Aufnahmebereitschaft erklärt – und dies durch die Assoziierung der Ukraine bekräftigt.

Sowohl im Rahmen des neuen, »vertieften« Abkommens mit der Ukraine als auch im anvisierten neuen Abkommen mit Russland wird jeweils ein Freihand-

delsabkommen mit der EU ins Auge gefasst. Die beiden neuen »Grundlagenverträge« implizieren in ihrer Kombination die Schaffung eines »Größeren Europäischen Wirtschaftsraumes«. Ein »G-EWR« brächte die Idee eines »Größeren Europas« – das die Europäische Union und die Russländische Föderation umfasst – ihrer Realisierung näher. Damit wäre für den Aufbau gesamteuropäischer institutioneller Strukturen ein »materielles« Fundament gelegt. Auf der Basis gemeinsamer Interessen ist die wünschenswerte normative Annäherung Russlands – des »anderen Europas« – an die Europäische Union eher zu erwarten, als durch die penetrante Anmahnung von politischen »Werten«, die sich nach mehreren Generationen totalitärer Diktatur erst noch entwickeln müssen.

Henrike Libal

(Vogel)frei?

Die Pressefreiheit in Russland

Henrike Libal

(* 1984) hat an der Universität Siegen »Social Science« und »Literary, Cultural and Media Studies« studiert. Ihre Bachelor-Arbeit verfasste sie zu dem Thema »Pressefreiheit in Russland – Der Fall Anna Politkowskaja«.

HenrikeLibal@gmx.net



Der Ausgang der Präsidentschaftswahl in Russland am 2. März 2008 vermochte nicht zu überraschen: Mit großer Mehrheit der Stimmen wurde der Wunschkandidat Wladimir Putins, Dmitri Medwedew, zum neuen Staatschef gewählt. Dies geschah jedoch nicht ohne Zwischenfälle: Die Wahl wurde von vielen Protesten begleitet, es kam zu zahlreichen Verhaftungen von Oppositionellen. Diese warfen der

Regierung vor, ihnen den Zugang zu den Massenmedien – vor allem dem Leitmedium Fernsehen – erschwert zu haben. Darüber hinaus wurden zahlreiche Journalisten aus dem In- und Ausland Opfer von tätlichen Übergriffen.

Um die heutige Lage der Medien in Russland nachvollziehen zu können, ist ein Blick in die Vergangenheit unerlässlich. Die Krankengeschichte des Patienten Pressefreiheit ist lang und von vielen Rückschlägen gezeichnet. Bereits im 19. Jahrhundert verstanden es die russischen Zaren, die Medien für ihre Zwecke zu nutzen. Lenin definierte bereits 1901 in seiner Pressetheorie die Funktion der Presse als kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator. Dieses Dogma sollte die russische Presse für Jahrzehnte prägen. Noch

im Jahr der Oktoberrevolution ließ Lenin mit dem Dekret »Über die Presse« alle oppositionellen Zeitungen und Zeitschriften verbieten. Die ebenso eingeführte Pressezensur wurde nach der Machtübernahme Stalins im Jahr 1924 noch einmal verschärft. Er nutzte die Presse um den Kult um seine Person zu etablieren und seine Autorität zu unterstreichen. Der nach Stalins Tod durch Nikita Chruschtschow eingeleitete Prozess der »Entstalinisierung« und das von seinem Nachfolger Leonid Breschnew erzeugte »Tauwetter« brachten für die Medien wenig Verbesserung. Dies wandelte sich erst, als Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU auserkoren wurde. Nun brach in Russland das »goldene Zeitalter« des russischen Journalismus an. Die von Gorbatschow proklamierten Programme »Glasnost« und »Perestrojka« gestatteten den Journalisten Freiheiten, die sie wiederum nutzten, um Zugeständnisse zu erweitern. Eine Kehrseite dieses entfesselten Journalismus wurde schon bald sichtbar: einige Medienvertreter schrieben ohne Rücksicht auf Verluste, an Rufmord grenzende Kampagnen waren häufige Folge. In diesem Kontext gilt das im Juni 1990 verabschiedete »Gesetz der UdSSR über die Presse und andere Masseninformationsmittel« als ein Fortschritt in der russischen Medienpolitik, da ihr nun zum ersten Mal ein gesetzlicher Rahmen zugrunde gelegt wurde. Der Zusammenbruch der Sowjetunion stellt nicht nur einen zentralen Einschnitt in die Geschichte Russlands dar, sondern ist auch für die Transformation des Mediensystems von großer Bedeutung. Schon am 27. Dezember 1991, nur wenige Wochen nach der Auflösung der Sowjetunion, wurde unter der Führung des ersten Präsidenten der Russischen Föderation, Boris Jelzin, das Gesetz »Über die Massenmedien« ratifiziert. Unter Jelzin bedrohte weniger die staatliche Kontrolle die Freiheit der Medien als vielmehr die wirtschaftliche Rezession.

Die russische Presse im neuen Jahrtausend – Eine Bilanz der Ära Putin

Zum Jahrtausendwechsel wehte ein frischer Wind im Kreml; Jelzin ging, Putin kam. Die Einstellung des Ex-Geheimdienstchefs zur Presse wurde nur wenige Tage nach seinem Amtsantritt deutlich: Ein bewaffnetes Einsatzkommando besetzte die Zentrale von *Media-Most*, dem Medienimperium des Oligarchen Wladimir Gussinski. Der Unternehmer wurde von dem damaligen Medienminister, Michail Lessin, gezwungen, seine Anteile an *Media-Most* an den halbstaatlichen Energiekonzern *Gazprom* zu verkaufen, andernfalls drohe ihm eine Haftstrafe wegen Steuerhinterziehung. Gussinski willigte ein und kehrte Russland schon bald den Rücken. Durch diese Intervention der Staatsanwaltschaft übernahm die *Gazprom*-Tochter *Gazprom-Media* u.a. die Kontrolle über den beim Publikum angesehenen Fernsehkanal NTV. Ein ähnliches Schicksal wie Gussinski ereilte einige Monate später den Medienmogul Boris Beresowski, dessen Medien – dazu gehörten u.a. Teile der staatlichen Fernsehanstalt ORT (dem heutigen *Perwy Kanal*), der ehemalige Privatsender TW-6 und drei Printmedien – sich kritisch über das Vorgehen der Regierung bei der Bergung des verunglückten Atom-U-Bootes »Kursk« geäußert hatten.

Auch für Journalisten wurde Russland zunehmend zu einem gefährlichen Pflaster. Vier Schüsse am helllichten Tag brachten Anna Politkowskaja für immer zum Schweigen. Die Ermordung der russischen Reporterin der *Nowaya Gazeta* rief im Oktober 2006 sowohl in Russland als auch im Ausland heftige Reaktionen in den Medien und in der Öffentlichkeit hervor. Die engagierte Journalistin und Menschenrechtsaktivistin galt als eine der schärfsten Kritikerinnen Wladimir Putins: In ihren Artikeln und Büchern warf sie ihm vor, die

Presse- und Meinungsfreiheit in ihrem Land massiv eingeschränkt zu haben und verurteilte insbesondere seine menschenverachtende Tschetschenienpolitik. Anna Politkowskaja war nicht die erste Journalistin, die in Russland einem Mord zum Opfer fiel. Seit dem Amtsantritt Putins haben mehr als ein Dutzend derartige Fälle gezeigt, dass eine kritische Meinung in Russland lebensgefährlich sein kann. Aus einigen Kreml-Pressemitteilungen geht hervor, dass Putin den Mord an Anna Politkowskaja zwar verurteilt, die Reporterin im selben Atemzug jedoch als »radikal« und »bedeutungslos« darstellt. In diesem Zusammenhang kann die Tatsache, dass bis heute keiner der für die Journalistenmorde verantwortlichen Täter zur Rechenschaft gezogen wurde, kaum verblüffen.

Die Herausforderungen, vor denen die Pressefreiheit heute steht, sind zahlreich und vielfältig. Neben der fehlenden Sicherheit für Pressevertreter ist die Gesetzgebung ein großes Hindernis für die Freiheit der Medien. Trotz umfassender Wandlungen der Medientechnik und des Mediensystems wurden die gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht an die veränderten Anforderungen angepasst. Unklare Begriffsdefinitionen bieten viel Spielraum für Missbrauch und Willkür. Die Pressefreiheit ist sowohl in den Mediengesetzen von 1990 und 1991 als auch in der Verfassung der Russischen Föderation von 1993 verankert, jedoch hat die Vergangenheit gezeigt, dass die Formulierungen dem kritischen und unabhängigen Journalismus kaum Schutz bieten. Im Juni 2006, wenige

Monate bevor Anna Politkowskaja ermordet wurde, stellten Teilnehmer des 59. *World Newspaper Congress* in Moskau fest, dass die Anzahl der gegen Journalisten gerichteten Verleumdungsklagen auf ca. 45 Fälle pro Jahr gestiegen ist und monierten, dass die Pressegesetzgebung zunehmend durch andere Rechtsbestimmungen (wie z.B. die Anti-Terror-Gesetze) beschnitten wird. Des Weiteren beklagt das *Hans-Bredow-Institut*, dass viele Medien von Interessengruppen, Parteien oder Wirtschaftskonzernen wie *Gazprom* abhängig sind und daher oft Selbstzensur üben. Im Jahresbericht 2007 von *Reporter ohne Grenzen* belegte Russland in der Rangliste der Pressefreiheit nur den 144. Platz – von insgesamt 169 bewerteten Nationen.

Bei aller berechtigten Kritik sind Pauschalverurteilungen der Pressefreiheit in Russland jedoch fehl am Platz. Es ist erfreulich, dass es vor allem in den russischen Großstädten Medien gibt, die trotz zahlreicher Hürden objektiv berichten. Hier sind vor allem die Zeitung *Nowaja Gazeta* und der Radiosender *Echo Moskwy*, der – für manche vielleicht überraschend – ebenfalls zur Gruppe der *Gazprom-Media* gehört, zu nennen. Des Weiteren nutzen zahlreiche Russen die »Blogsphäre« im Internet um ihre Meinung zu äußern.

Dmitri Medwedew – Marionette oder Reformer?

Wie wird es in Russland nach der Wahl weitergehen? Wird sich Medwedew von seinem langjährigen Begleiter und Mentor Putin emanzipieren? Die Prognosen sind unterschiedlich. Die einen sehen in Dmitri Medwedew einen europafreundlichen Reformer, der der Korruption und dem Rechtsnihilismus in seinem Land den Kampf angesagt hat. Er präsentiert sich außerdem als Verfechter einer liberalen Wirtschaftspolitik, möchte für den Klimaschutz und auch für die Rechte der Presse

eintreten. Für die anderen klingen diese Schwüre zu schön, um wahr zu sein. Bezüglich der russischen Medien sind er und sein Vorgänger sich in einem wesentlichen Punkt nämlich einig: Beide sehen die Pressefreiheit durch die große Vielfalt der Medienangebote in Russland gewährleistet. Medwedews Appell für mehr Freiheit für die Medien widerspricht ebenfalls ein Bericht von *Reporter ohne Grenzen*, wonach sich der neue Präsident mit Putin darauf verständigt hat, das Internet in Zukunft stärkeren Kontrollen zu unterziehen. Andere meinen, dass die mangelnde Nähe des neuen Präsidenten zum Militär und den Geheimdiensten Medwedew zum Verhängnis werden könnte. Skeptiker äußern ebenfalls die Vermutung, dass die neue Machtkonstellation zwischen dem taufrischen Ministerpräsidenten Putin und seinem ehemaligen Untertan Medwedew zum Scheitern verurteilt ist und somit auch die angestrebten Veränderungen. Welches Lager mit seiner Einschätzung Recht behält, gehört heute wohl zu einer der meistdiskutierten Fragen in den Medien weltweit.

Die internationale Staatengemeinschaft müsste auf alle möglichen Szenarien entsprechend reagieren. Es wäre wünschenswert, wenn sich auch die Repräsentanten der Bundesrepublik künftig mehr für unabhängige Medien und den Schutz von Journalisten in Russland einsetzen würden. Allerdings ist ein kritischer Diskurs über die Pressefreiheit im Rahmen von bi- bzw. multilateralen Treffen keine Selbstverständlichkeit. Hier ist die Frage entscheidend, wie heilig diese den westlichen Staats- und Regierungschefs ist, wenn sie sich, um sie zu verteidigen, gegen einen wichtigen Energielieferanten auflehnen müssen?

Das Wettrennen um Energieressourcen hat längst begonnen und die Befürchtung liegt nahe, dass das Ideal einer freien und kritischen Presse stets hinter den Interessen der Industrienationen zurücksteht.